

# Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Kretschmer, Dresden undächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Kleinzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Vertriebsleistung 10 Goldpf.

Nr. 49

Dresden, Freitag den 27. Februar 1925

36. Jahrg.

## Diskontermäßigung auf 9 Proz. Das Ansehen der Partei

Berlin, 26. Februar. Die Reichsbank hat den Wechseldiskontsatz von 10 auf 9 v. H. und den Lombardzinsfuß von 12 auf 11 v. H. mit Wirkung vom heutigen Tage an ermäßigt.

### Schacht Begründung

Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab zu der Diskontermäßigung in der heutigen Zentralbankversammlung der Reichsbank folgende Erklärungen: Der Status der Reichsbank hat sich sowohl gegen Ende des alten Jahres als auch insbesondere nach Überwindung des Dezemberkrisis verhältnismäßig befriedigend entwickelt. Die gesamte Wechsel- und Lombardlage der Reichsbank, die Ende Oktober ungefähr 2873 Millionen Reichsmark betragen hatte, stellte sich Mitte 1924 nur auf 2081 Millionen Reichsmark, also rund um 800 Millionen Reichsmark niedriger. Sie ist dann bis zum 23. Februar d. J. nahezu um weitere 500 Millionen auf rund 1580 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Zu dieser Entlastung hat einmal beigetragen das Vereinfachen ausländischer Kredite, die, soweit sie zu Markausgaben benutzt worden sind, den Devisenbestand der Reichsbank wesentlich gestärkt haben, ferner die Herausnahme landwirtschaftlicher Wechsel aus dem Reichsbankportfolio auf Grund des Rentenbank-Rückversicherungsgesetzes, und endlich die allgemeine Entlastung, die dazu geführt hat, daß die intern für die Bankanstalten gehaltenen Kreditkontingente in der letzten Zeit nur an wenigen Stellen voll ausgenutzt worden sind. Der gesamte Zahlungsmittelumsatz (das sind also Reichsbanknoten, Girobanknoten, Rentenscheine und Münzen) belief sich für Ende Dezember 1924 auf 4274 Millionen Reichsmark. Er ist bis zum 23. Februar ungefähr auf 8800 Millionen Reichsmark zurückgegangen und hat damit den Stand vom 23. Dezember v. J. etwas unterbritten. Die Lage der Reichsbank gestattet danach die Ermäßigung einer Diskontermäßigung. Da ferner die Bemühungen der Reichsbank um die Wiedereinführung des Privatdiskontsatzes Fortschritte gemacht haben und ebenso die auf Konzentration der öffentlichen Gelder und ihre Verwendung am offenen Geldmarkt gerichteten Bestrebungen bei mehreren im Frage kommenden Stellen volles Verständnis gefunden haben, hat das Reichsbankdirektorium sich entschlossen, den Diskontsatz mit Wirkung vom heutigen Tage von 10 auf 9 v. H. herabzusetzen, ohne damit auf das auch bisher geübte und gegebenenfalls auch weiter anzuwendende Recht einer Kontingentregulierung zu verzichten.

Die Sächsische Bank hat den Wechseldiskont auf 9 und den Lombardzinsfuß auf 11 v. H. ermäßigt.

Die Herabsetzung des Bankdiskonts ist immerhin ein Beweis für eine Entspannung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Besonders in der letzten Zeit der Inflation war jede Kapitalanleihe außerordentlich erschwert, weil bares Geld oder Guthaben, die man zum Zwecke der Kapitalanleihe zurücklegte, von einem zum andern Tage entwerteten. Was die Unternehmer an Kapital zurücklegen

konnten, verwandelten sie in Sachwerte, aber an Betriebskapital fehlte es nach der Beendigung der Inflationszeit allenthalben. Daher die drückende Kapitalnot und der ungeheure hohe Zinsfuß. Die Milderung des Kapitalmangels ist zum guten Teil dem Hereinströmen ausländischen Kapitals nach Deutschland zu verdanken. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß eine zu starke Verschuldung Deutschlands gegenüber dem Auslande schwere wirtschaftliche Gefahren in sich birgt, einmal deswegen, weil in den nächsten Jahren unsere Zahlungsbilanz durch die zur Verzinsung und Tilgung des ausländischen Kapitals notwendigen Zahlungen stark belastet wird und, soweit das ausländische Kapital nicht in Gestalt von Waren, sondern in der Form von Darlehen hereinkommt, die bei der Reichsbank in Reichsmark umgewandelt werden, besteht die Gefahr einer zu starken Vermehrung unserer Umlaufmittel, die wieder zu Inflationserscheinungen, zu einer Steigerung unserer Preise und damit zu einer Erschwerung unserer Ausfuhr führen kann. Aber es ist nicht nur das Einströmen ausländischen Kapitals, das zu einer Verminderung des Kapitalmangels geführt hat. Wie die Abschlässe der Banken zeigen, hat in Deutschland wieder die Kapitalbildung eingesetzt, wenn auch die Bestände unserer Banken noch weit hinter dem Vorkriegsstande zurückbleiben.

An der Kapitalbildung nahmen in der Vorkriegszeit nicht nur die Kapitalisten teil, sondern auch ein Teil der Arbeiterschaft, wenn der einzelne auch nur sehr geringe Summen zurücklegen konnte. Heute wird nicht allzu vielen Arbeitern die Anspargung von Spargeldern möglich sein, weil Löhne und Gehälter in ihrer Kaufkraft geringer sind als in der Vorkriegszeit. Immerhin muß damit gerechnet werden, daß auch jetzt wieder die Kapitalbildung durch die Arbeiterschaft einleitet. In der Vorkriegszeit kamen die Spargelder der Arbeiterschaft sehr oft den größten Feinden des Proletariats zu gute. Auf dem Wege über die Sparkasse wanderten sie zu Fabrikanten und Hausbesitzern, die die wirtschaftliche Macht, die sie sich mit dem Gelde der Arbeiter verschafften, häufig dazu benutzen konnten, um ihre Arbeiter auszubeuten.

Durch planmäßige Arbeit der Gewerkschaften und Genossenschaften müßte dafür gesorgt werden, daß die Spargelder der Arbeiterschaft auch für die Arbeiterschaft nutzbar gemacht werden. Bei unieren Genossenschaften besitzen wir bereits Spareinrichtungen. Der Großhandelsverein deutscher Konsumvereine ist eine Bankabteilung angegliedert; es besteht auch eine Bank der Gewerkschaften. Es wäre dringend nötig, daß durch eine fortgesetzte Propaganda hierfür gefördert wird, daß allenthalben in der Spargelder der Arbeiterschaft auch wirklich diesen Einrichtungen zufließen. Damit würde eine neue Waffe für das Proletariat geschaffen werden, die seine Kampfkraft bedeutend stärken würde.

### Von Siegfried Aufhäuser

Mehrere Parteiblätter bringen den nachstehenden Artikel des Genossen Aufhäuser. Er beschäftigt sich mit der Frage, ob Genosse Heilmann nach den bisherigen Ergebnissen der Barmat-Untersuchung weiterhin in der Parteiführung bleiben kann, die er jetzt bekleidet. Wir geben unsern Standpunkt der Sache am Schluß des Artikels.

Es ist nicht wahr, daß die Partei korrumpiert ist, wie es böswillige Gegner behaupten. Die Opferbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse hat sich vor, in und nach dem Kriege immer aufs neue bestätigt. Die Partei hat die Kraft, Fehlertreue einzelner zu überwinden, weil sie innerlich gesund ist. Sie ist frei von jenen Erbsünden des Egoismus und des Parteiberats, wie sie sich in wachsendem Maße als Zerfallerscheinungen der kommunistischen Partei häufen. Aber die Führer der Sozialdemokratie — — —. Hat das Vertrauen zu ihnen zu erschüttern, wird von völkischen, deutschnationalen und kommunistischen Zeitungen gewetteifert, jeden Tag neue und mehr Namen von führenden Sozialdemokraten in die Barmat-Debatte zu werfen. Es genügt, zu verdächtigen, ohne zu beweisen. Man hat beispielsweise fast alle ehemaligen Minister der Sozialdemokratie im Zusammenhang mit Barmat genannt. Schon heute steht fest, daß Rudolf Wissell ohne Tadel ist. Das gleiche gilt für Robert Schmidt, Hermann Müller (Franken) konnte vor dem Reichstagsauschuss unter Eid eine Amtsführung als Außenminister bezeugen, die ihm die Achtung der anwesenden politischen Gegner bringen mußte. Er war bisher der einzige Zeuge, der darauf verzichtete, auch nur vor der Vernehmung nochmals die Akten einzusehen. Keiner seiner Ankläger vermochte dem Reichspräsidenten Ebert auch nur den Schimmer einer Pflichtverletzung nachzuweisen.

Da dem so ist, die Partei aber immer noch dem Verleumdungsfeldzug der Arbeiterfeinde ausgesetzt ist, muß auch von jedem andern Genossen verlangt werden, soweit auf ihm zunächst bis zum Abschluß der Untersuchung eine Belastung liegt, die gebotene Rücksicht auf die Gesamtpartei zu nehmen. Der Genosse Heilmann hat bisher dieses Mindestmaß von Parteierfordernis vermissen lassen. Dabei schalte ich auch hier die Verdächtigungen und Behauptungen von Tageszeitungen völlig aus. Maßgebend können nur sein die eidlischen Zeugenerklärungen vor dem Reichstagsauschuss und seine eigenen Äußerungen vor dem Landtagsuntersuchungsausschuss.

Der Prüfungsausschuss der Partei hat, wie ich annehme und im Gegensatz zu anders lautenden Versicherungen der bürgerlichen Presse, seine Stellungnahme zu Heilmann noch nicht abgeschlossen, da die Untersuchung noch läuft. Man hätte vielleicht auch in der Parteipresse auf die Erörterung noch verzichten können, wenn Heilmann selbst die nötige für andre selbstverständliche — Zurückhaltung geübt hätte. Wenn aber in den letzten Tagen Heilmann Wortführer bei den preussischen Regierungsverhandlungen sein zu müssen glaubte, wie der von ihm am März unterzeichnete Brief beweist, und ausgerechnet er am 21. Februar Sprecher der Fraktion sein mußte, um über die politische Korruption der Reichspolitiker zu reden, so hat diese Provokation weiter Parteimitgliederkreise gewiß nicht im Sinne des Prüfungsausschusses gelegen. Es geht nicht an, dem Genossen Heilmann durch diese Funktionen im gegenwärtigen Stadium der Untersuchung geradezu ein öffentliches Vertrauensvotum zu bekunden.

Diese Vorgänge zwingen dazu, von der bisherigen Feststellung Heilmanns zu sprechen, ohne damit den Abschluß der Untersuchung vorzugreifen. Nach den Weisungsmaßnahmen des Reichstagsuntersuchungsausschusses hatte das deutsche Generalkonsulat in Holland rechtzeitig wiederholt und ausdrücklich den schlechten geschäftlichen wie politischen Reumund Barmais betont. Die Gesandtschaft hat vor ihm gewarnt. Auf die Berliner Regierungsstellen aber ist immer wieder eingewirkt worden, Barmat, Erleichterungen zu schaffen. Immer wieder erscheint nach den Zeugnisaussagen Heilmann als Protektor. Sein Eingreifen zeigt eine solche Häufung, daß nicht mehr vom Einzelfall, sondern vom Empfehlungssystem für Barmat gesprochen werden muß, wenn nicht diese Auslagen der Zeugen folich gewiesen sind.

Die Empfehlung an die Staatsbank und den preussischen Finanzminister sind bereits in der Untersuchung des preussischen Landtages festgestellt worden. Heilmanns Aufschüttelarbeiten in einem baumatischen Unternehmen hat unvorsichtig Barmat am 7. März 1919 bei der ersten Verhandlung mit dem Unterstaatssekretär Töpfer ein Einführungsprotokoll Heilmanns vorlegen. Am 4. April 1919 telegraphierte Töpfer an die Gesandtschaft im Haag, daß Heilmann die Ausstellung eines Dauervisums empfohlen habe. Eine von Töpfer brieflich gemachte Formulierung von „intimen Beziehungen Barmais zum Reichspräsidenten“, die sich, soweit der Reichspräsident in Frage kommt, in der Verhandlung als ganz unrichtig vorgekommen erwiesen hat, wurde vom Zeugen auch wiederum neben einer allgemeinen politischen Begründung im Zusammenhang mit den Namen Heilmann und Krüger erläutert.

Im Juli 1919 schreibt Heilmann an den Außenminister Hermann Müller einen Privatbrief in Sachen Barmat-Visum. Dort heißt es: „Ich muß Sie schon wieder

## Ernster Zustand Eberts

Die Krise in dem Gesundheitszustand des Reichspräsidenten war am Donnerstag, abends 9 Uhr, noch nicht überwunden. Die behandelnden Ärzte gaben zu dieser Zeit jedoch der festen Hoffnung Ausdruck, daß es ihnen gelingen werde, den Reichspräsidenten am Leben zu erhalten. Im Laufe des Donnerstag ist gegenüber dem Gesundheitszustand in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, um Ebert zwei Stunden lang in Lebensgefahr schwebte, eine wesentliche Besserung eingetreten.

Ämtlich wird mitgeteilt: Das Befinden des Reichspräsidenten hat sich im Laufe des Donnerstag wesentlich gebessert; der Zustand ist aber immerhin noch als ernst zu bezeichnen.

## Anteilnahme des Reichsrats

Berlin, 26. Februar. Die Sitzung, die der Reichsrat am Donnerstag abhielt, eröffnete der deutsch-nationale Reichsminister des Innern, Schiele, mit folgenden Worten: „Seit einigen Tagen bewegen uns alle ersten Nachrichten über die Erkrankung des Herrn Reichspräsidenten (die Mitglieder des Reichsrats erheben sich). Der Herr Reichspräsident hat sich einer schweren Windsturmoperation unterziehen müssen. Während der ersten Tage günstige Nachrichten bringen konnten, ist doch inzwischen eine Komplikation eingetreten, die uns ernste Besorgnisse nahelegt. Ich habe jedoch auf eine Anfrage die Mitteilung bekommen, daß die Krise noch nicht überwunden ist. Ich fühle mich mit Ihnen eins in dem Ausdruck aufrichtiger Teilnahme und in dem Wunsche, daß der Herr Reichspräsident die Krise überstehe und noch bald wieder der vollen Gesundheit entgegengeführt werden möchte. Ich bitte mich zu drücken, dies dem Herrn Reichspräsidenten persönlich zum Ausdruck zu bringen.“

Im Laufe der Sitzung beschloß der Reichsrat, die Beratung der Angelegenheit bis zum nächsten Freitag auszusetzen, bis das Ergebnis des Untersuchungsausschusses des Reichstages vorliegt. Genehmigt wurden die Satzungsänderungen der Sächsischen Oberkreditanstalt in Dresden. Das Institut hat sein Grundkapital im Verhältnis von 1:20 umgestellt. Es betrug bisher 30 Millionen Goldmark, eingeteilt in 30 000 Inhaberkonten zu 1000 M.; es soll in Zukunft 1 1/2 Millionen Goldmark betragen, die Aktien werden auf 50 M. abgeteilt. Das Grundkapital soll in Zukunft statt auf 300 Millionen auf 30 Millionen Goldmark erhöht werden können.

## Kein Termin für die Räumung

Freigabe erst nach Erfüllung aller Abklärungsbedingungen

P. Paris, 26. Februar. (Via. Draht.) Die diplomatischen Verhandlungen über das Programm der französisch-englisch-belgischen Konferenz wegen der Frage der deutschen Abrüstung haben bis jetzt noch kein Ergebnis gehabt, das die Grundlage für einen endgültigen Beschluß bilden kann. Dagegen steht fest, daß von der Konferenz nicht zu erwarten ist, daß ein fester Termin für die Räumung der Kölner Zone festgesetzt wird. Chamberlain hat das zwar angezweifelt, aber in Brüssel und Paris keine Zustimmung dafür gefunden. Köln wird also erst dann geräumt werden, wenn Deutschland alle Bedingungen erfüllt hat, die auf dieser Konferenz festgelegt werden sollen.

## Einspruch gegen die Saarbesetzung

Genf, 26. Februar. Das Völkerbundsekretariat teilt mit, daß es eine Note der Reichsregierung erhalten hat, in der diese gegen die Fortdauer der französischen Truppenbesetzung im Saargebiet Einspruch erhebt. Diese Note soll, wie das Völkerbundsekretariat weiter mitteilt, vom Völkerbundrat auf seiner Märztagung geprüft werden.

## Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung

Die Reichsregierung gibt bekannt: Im Statistischen Reichsanwalt wird gegenwärtig eine Vorlage zu einer Volkszählung vorbereitet, die in großem Stil durchgeführt werden soll. Man hofft, daß die Zählung bereits im Juni dieses Jahres ermöglicht werden kann. Mit der Volkszählung soll eine Berufs- und Betriebszählung vorgenommen werden.

## Rumänien zum Verhandeln bereit

B. Bukarest, 27. Februar. (Via. Funkpost.) Außenminister Duca erklärt im Ausblick ausdrücklich, daß alle Nachrichten über die Anwendung von Repressalien der rumänischen Regierung gegenüber Deutschland unrichtig seien. Die rumänische Regierung erklärt sich offiziell bereit, sogar unter Beobachtung der rumänischen Ansprüche in eine Aussprache mit Deutschland einzutreten.